

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

47. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 29. Mai 1909.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinrate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 61.

Der Pfingstfeiertage wegen gelangt die nächste Nummer (62) des „Korrespondent“ erst Donnerstag, den 3. Juni, zur Ausgabe.

„Korrespondent“=Obligatorium.

Viel geschrieben und debattiert ist seit Jahren über die vollständige Einführung des „Korr.“=Obligatoriums. Während ein Teil der Kollegen sich nicht dafür erwärmen kann, ist der andre Teil strikter Anhänger desselben. Die letzteren sind der Ansicht, daß jedes Verbandsmitglied seinen „Korr.“ besitzen muß und mit dem „Korrespondent“ ein Ende gemacht wird.

In heutiger Zeit wird darüber gellagt, daß die jungen Kollegen dem Verbands nicht das nötige gewerkschaftliche Verständnis entgegenbringen. Es fehlt an einer „Vertiefung des Gewerkschaftsgedankens“ usw. Es hieße allerdings Eulen nach Athen tragen, wollte man vor der Öffentlichkeit leugnen, daß nicht alle Mitglieder, die der Verband unter sein Banner führt, solche gewerkschaftliche Erziehung besitzen, wie es eigentlich sein müßte. Und doch ist es nicht verwunderlich, daß dem so ist, wenn man sich vor Augen hält, daß etwa 90 Proz. der Berufsangehörigen organisiert sind. Da liegt es ja in der Natur der Sache, daß die so schnell in den Verband aufgenommenen nicht gleich das Verständnis für die Gewerkschafts- resp. Arbeiterbewegung mitbringen konnten. Mit früher kann man das heute auch nicht immer vergleichen, denn die Verhältnisse sind ganz andre geworden. Als der Verband kleiner war, wohnte den Mitgliedern allerdings ein größeres Zusammengehörigkeitsgefühl inne. Jetzt ist es leider umgekehrt. In die Versammlungen kann man die Kollegen auch nicht kriegen, denn da gehen andre Vereine vor. Es bleibt also nur das Verbandsorgan, das jeder lesen kann. Doch dadurch, daß zwei Mitglieder ein Exemplar erhalten, unterbleibt das aufmerksame und vollständige Lesen desselben. Denn es ist ein Unling, eine vier-, sechs-, acht-, zehn- ja zwölftseitige Nummer beim Frühstück oder in den freien Stunden — neben andern Zeitungen — an einem Tage zu studieren. (Hier will ich einleiten, daß es praktischer wäre, wenn der Satz des „Korr.“ nicht in der Beilage weiterläuft, sondern wenn in der Beilage immer eine Rubrik beginnt.) Spätestens am folgenden Tage verlangt der Mitarbeiter doch ebenfalls den „Korr.“. Es ist also nicht immer möglich, alles zu lesen. Da ist also nichts naheliegender, daß dazu geschritten werden muß, jedem Mitglied ein Exemplar zu liefern. Es muß eben für diesen Zweck mehr Geld verausgabt werden. Es ist wahrlich nicht weggeworfen! Besser wäre es sicher schon heute, wenn die Generalversammlung des Verbandes in dieser Hinsicht eine Einheitlichkeit herbeiführt hätte. Vielleicht kommt dies auf der Generalversammlung in Hannover. Doch das dauert noch zwei Jahre, bis dieselbe stattfindet. Da sollten die Gaus mit gutem Beispiele vorangehen. Und hiermit wende ich mich speziell an den Gau des Gaus Hannover, welcher am 6. und 7. Juni in Lüneburg stattfindet. Auf der Tagesordnung steht folgender Antrag Braun'schweig: „Einführung des vollständigen „Korr.“=Obligatoriums (jedes Mitglied ein Exemplar) auf Kosten der Gaukasse.“ Von den Gegnern des Antrags kann nur die Kostenfrage entscheidend sein. Und sind die Kassenverhältnisse so schlechte, daß die Mehrausgaben von etwa 3000 Mk. pro Jahr nicht getragen werden könnten? Das ist sicher nicht der Fall. Wenn in einer Zeit der Krise die Gaukasse noch mit einem beträchtlichen Überschuß abschließt, so bin ich der Ansicht, daß dieselbe die Mehrkosten tragen kann. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Die Delegierten, die für den Antrag (11) Braunschweig stimmen, können des Dankes der Mehrzahl der Kollegen sicher sein.

Hannover.

F. Hartung.

Korrespondenzen.

Th. Bremen. In der Hauptversammlung vom 18. Mai wurden nach Entgegennahme einiger Vereinstimmungen wiederum vier Aufnahmegerichte dem Gauvorstande zustimmend überwiesen. Nach Entgegennahme des Kartellberichts wurde der bisherige Kartellvertreter wiedergewählt. Aus diesem Berichte möge hervorgehoben werden, daß trotz der schweren Wirtschaftskrise der Mitgliederbestand (24000) der dem hiesigen Kartell an-

geschlossenen Gewerkschaften nur um etwa 500 zurückgegangen ist. Ein Besuch des Kartells an die Bürgerschaft (Stadtverordneten) und Gewährung eines Zuschusses für die Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften wurde mit einer solchen Nichtachtung behandelt, daß nicht ein einziger bürgerlicher Vertreter hierzu das Wort nahm. Nach Begründung durch einen Vertreter der Arbeiterschaft wurde dieses Gesuch glatt abgelehnt. Eine vom Kartellvorstande hiergegen einberufene Protestversammlung, in welcher unser Kollege Arbeitersekretär Rhein referierte, nahm bei zahlreicher Beteiligung einen sehr guten Verlauf. Zum Proteste war um so mehr Veranlassung gegeben, als von bürgerlicher Seite sogar der Versuch unternommen werden sollte, den Vertretern der Arbeiterschaft einen Maulkorb anzuhängen, weil der Vorsitzende des genannten Gesuchs ein umfangreiches, aber unbedeutend zur Begründung erforderliches Material vortrug. Zur Annahme gelangte noch ein Antrag auf Erhöhung des Zuschusses zur Krankenunterstützung in I. Klasse von 50 auf 70 Pf., in II. Klasse von 30 auf 45 Pf. und in III. Klasse von 1 Mk. auf 1,75 Mk. Hauptächlich wurde die Erhöhung der III. Klasse begrüßt, weil es solchen tranken Kollegen zugute kommt, die nach 26wöchiger Krankheit in der Drickrankenkasse ausgesteuert sind. Sämtliche Erhöhungen dieser Unterstützung sind ohne Erhöhung des Beitrags möglich. Ein Vortrag des Herrn Felden, Pastor an der St. Martinikirche, über das Thema: „Die Lehre Darwins und ihre Folgen für die moderne Weltanschauung“, wurde von der gut besuchten Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. — Am 15. Mai fand ein gutbesuchter Herrenkommerz anlässlich der Einführungsfeste der Neuausgelernten und der Ehrung derjenigen Kollegen, die 25 Jahre dem Verband angehören, statt. Vom Vorsitzenden wurde eine der Feier entsprechende Ansprache gehalten. Vom Bezirk Oldenburg lief ein Glückwunschtelegramm ein, wofür hiermit unser Dank abgesehen ist.

Dresden. (Versammlung der Gaumitglieder am 21. Mai.) Der stellvertretende Gauvorsteher Reichensbach begrüßte in Vertretung des erkrankten Kollegen Wendische zunächst die erschienenen neuereintretenen jungen Kollegen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sie alle tüchtige Verbandsmitglieder werden mögen, die auch in technischer Beziehung ihren Mann zu stellen wüßten. Da für den diesjährigen Gautag von Dresden aus keine Anträge vorliegen, und um die nächste Versammlung, die eine sehr reichhaltige Tagesordnung zu erleben hat, zu entlasten, hatte der Gauvorstand beschloffen, dieser Versammlung einige Anträge auf Abänderung des Gaustatuts zwecks Vorberatung zu unterbreiten. Die Begründung derselben übernahm Kollege Steinbrück und wurde ohne weiteres gutgeheißen die Erweiterung der Stala, die eine Entschädigung für die Mitgliedschaften des Gaus und für die Druckerelastifizier des Vororts Dresden darstellt. Der Antrag c) sieht eine Erhöhung der Zahl der Mitglieder vor, die berechtigt sind, einen Delegierten zu wählen. Eine Reduzierung der Gautagsdelegierten würde nicht eintreten, da das Wachstum der Mitgliedschaften die Erhöhung wieder weit mache. Der Antrag d) verlangt die Aufnahme einer Bestimmung in das Gaustatut, die bei den Wahlen zum Gautag in Dresden seit längerer Zeit bereits gehandhabt wird. Zur Beschleunigung einer etwa vorzunehmenden Stichwahl ist diese den Stimmentzelauszählern zu überlassen. Diese haben sich zunächst in die Zahl der abgegebenen gültigen Stimmzettel zu teilen, so daß jeder so viel Stimmen vertritt, als durch die Division auf ihn kommen. Die Wahl ist geheim. Antrag e) „Eingelsteuerte haben die Postquittung als Beleg an die Gauverwaltung zu senden.“ Die Mitgliedschaft stimmte diesen Anträgen zu. Der Gautag im Jahre 1908 hatte beschloffen, daß den bezugsberechtigten Mitgliedern der Anspruch auf den Arbeitslosenzuschuß auch nach Verlassen des Gaus gewährt bleibe, sofern zwischen Abreise und Beginn der Arbeitslosigkeit nicht mehr als ein Vierteljahr vergangen ist. Diese Bestimmung stand ebenfalls zur Diskussion. Kollege Steinbrück führte hierzu aus, daß es sich für den vorjährigen Gautag darum gehandelt habe, die Härten zu mildern, die in dem Systeme der Gauzuschüsse liegen, wonach ein Mitglied keine Unterstützung erhalte, wenn es seinen Aufenthalt in einem andern Gau nimmt. Nachdem auch die Generalversammlung unser Verbandes beschloffen, daß „möglichst“ Gegenseitigkeitsverträge abgeschlossen werden sollen, sei die Frage aktuell geworden. „Möglichst“ bes-

halb, weil hierbei viel Schwierigkeiten zu überwinden wären. Die süddeutschen Gaus haben nun bereits dem Wunsche der Generalversammlung Rechnung getragen und untereinander einen Gegenseitigkeitsvertrag abgeschlossen, der am 1. Juli d. J. in Kraft tritt. Die Mitgliedschaft Dresden kann es deshalb nicht umgehen, nunmehr in klarer Weise zur Frage der Gegenseitigkeit Stellung zu nehmen. Will Dresden seine Bedenken gegen die Gegenseitigkeit fallen lassen, so kann der im Vorjahre gefasste Beschluß nicht erst in das neuzubringende Gaustatut aufgenommen werden. Dresden trug sich bisher mit der Absicht, zunächst eine Gegenseitigkeit mit Leipzig und Berlin abzuschließen, denn so lange diese beiden Gaus sich weigern, besteht für Dresden eine gewisse Gefahr der Überfutung. Beschließt die Mitgliedschaft Dresden einen Beitritt zu den Verträgen der süddeutschen Gaus, denen sich auch der Obergau zugesellt hat, so werde der Gauvorstand diesem Wunsche Rechnung tragen. Bezüglich Unterstützung und sonstiger Einrichtungen beständen etwa dieselben Verhältnisse, so daß kein weiteres Risiko vorliege. Ein Rechenexempel heute aufzustellen, wäre allerdings unmöglich. Sollte tatsächlich eine Überfutung einzelner Gaus durch Abschluß der Gegenseitigkeit stattfinden, so ließe sich vielleicht ein Ausweg dadurch schaffen, daß die gegenseitigen Gaus eine Ausgleichung unter sich herbeiführen. Gegenwärtig seien etwa zwölf Gaus dem Gegenseitigkeitsverträge beigetreten. In der sich anschließenden Diskussion wurde überwiegend für den Beitritt zum Verträge der süddeutschen Gaus plädiert und gelangte hierauf ein Antrag des Kollegen Bernard, der den Anschluß auf Grund des von den süddeutschen Gausen entworfenen Reglements verlangt, gegen eine geringe Minderheit zur Annahme.

Frankfurt a. M. (Drucker- und Maschinenmeisterverein Frankfurt a. M. = Offenbach.) In der am 8. Mai abgehaltenen Monatsversammlung wurde, nachdem der geschäftliche Teil erledigt war, zur Aufnahme von sieben jungen Kollegen geschritten, was für uns um so erfreulicher ist, da doch gerade unser Nachwuchs sich durch Vorträge und Kurse seine Kenntnisse bei uns bereichern kann. Zu seinem Vortrage: „Der Umfragebogen des deutschen Farbenbuchs, herausgegeben von Professor Seliger im Archiv für Buchgewerbe“, erhielt Kollege Biering das Wort. Derselbe führte aus, daß es wohl kein leichtes sei, einen derartigen Fragebogen zu beantworten, doch durch seine langjährige Praxis gedachte er in sachgemäßer Weise die einzelnen Fragen erledigen zu können. Aus dem am Schluß seines Vortrags gependeten Beifall war zu erkennen, daß Kollege Biering seine Aufgabe bestens gelöst hatte. Anschließend an diesen Vortrag wurden noch einige sehr interessante Fragen betreffs Lichtdrucker und nichtlichtdrucker und bezüglich der amerikanischen und deutschen Doppelfarben besprochen. Nachdem der Vorsitzende Völkner noch dem Referenten seinen Dank ausgesprochen, machte er die Kollegen auf die Vorträge in nächster Versammlung (über Notationsmaschinen und Anlageapparat) aufmerksam.

F. Frankfurt a. M. Am 22. April hielt der Verein aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen eine Mitgliederversammlung ab, in welcher Herr S. Lejeune vom Ausschusse für Volksvorlesungen einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Eine Reise von Smyrna nach Konstantinopel“ hielt. Alsdann befasste sich die Versammlung in eingehender Weise mit der in den einzelnen Gießereien beobachteten Praxis des Aussetzens bei Arbeitsmangel. Bei einer Firma, welche hier hauptsächlich in Frage kommt, leiden die Kompletzgießer des öftern unter Arbeitsmangel, wodurch einige Kollegen längere Zeit zum Aussetzen kommen. Man kann sich aber bis jetzt noch nicht dazu verstehen, eine Verkürzung der Arbeitszeit anzuführen. Eine rege Debatte über diesen Punkt entspann sich, welcher, nachdem verschiedene Informationen inwischen eingeholt, seine Fortsetzung in der am 17. Mai abgehaltenen Versammlung fand. In derselben wurde dann zum Beschluß erhoben, daß die Personale der Gießereien verpflichtet sind (um das Aussetzen oder eventuelle Entlassungen zu vermeiden), vor allen Dingen bei vorübergehendem Arbeitsmangel für die in Betracht kommende Kategorie eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit zu erwirken. In einer die Erlernung der Konstan-Monotypen betreffenden Unterstützungsfrage kann sich die Frankfurter Mitgliedschaft mit dem Standpunkte des Stutt-

garter Schriftgelehrten nicht einverstanden erklären, der einem vor vier Monaten von Frankfurt aus zugereichten Kollegen keine Beihilfe zur Unterstützung gewährte. Begünstigend hierauf wäre es an der Zeit, wenn der seinerzeit von Frankfurt aus gegebenen Anregung, die Kassenzeit einseitlich zu gestalten, entsprochen würde. Nach Entgegennahme des Kartellberichts und Neuwahl der Delegierten wurde noch besonders auf die bevorstehende Gewerbegerichtsmaßnahme hingewiesen und die Mitglieder ersucht, eifrig mitzuwirken, um der Liste der freien Gewerkschaften zum Siege zu verhelfen. Das Andenken des verstorbenen Mitglieds Frau Werler wurde in der üblichen Weise geehrt.

G. Freiburg i. Br. (Oberrheinische Maschinen-sehnervereinigung.) In unserer schönen, teuren Weisgauerpole versammelten sich am 9. Mai die Mitglieder zur Generalversammlung ziemlich zahlreich; von Wühl bis Konstanz waren die Kollegen herbeigekommen. Bemerkenswert aus dem Jahresbericht ist die Zunahme der Segmaschinen von 38 auf 42 und der Mitglieder von 35 auf 45. Nur wenige (fünf bis sechs) für uns in Betracht kommende Seher stehen der Vereinigung noch fern. Kassenbestand 149,27 M. Sachschensschädigungen unseres langgestreckten Vereinsgebiets belaufen die Klasse schwerer als alles übrige. Die Situationsberichte der einzelnen Druckorte ergaben ein befriedigendes Bild. Ein Vortrag über Blei, gehalten vom Kollegen Wörner, fand Aufmerksamkeit. Ausgehend von der Gewinnung des Bleis, seiner Verlegungen und allgemeinen Verwendung, ging Vortrager über zu den Bestandteilen des Segmaschinenmetalls und erläuterte die Ursachen, die durch ständiges Erhitzen das Metall weniger brauchbar machen. In der Besprechung des Vortrags, die hauptsächlich in Mitteilungen aus der Praxis bestand, kam zum Ausdruck, daß der Seher mit Blei aus der Fabrik der betreffenden Segmaschinen am besten sahre, da nicht immer ein und dieselbe Regierung von den Bleifabriken geliefert werde. Die tariflichen und die Sonderbestimmungen für Maschinen-seher wurden ebenfalls in Form eines kleinen Vortrags unter Bekanntgabe von Tarifamtsentscheidungen durchgenommen und diskutiert. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Die sachlich und einträchtig verlaufene Versammlung fand nach Mittag ihren Abschluß, wo nach gemeinsamem Essen die auswärtigen Kollegen bis zur Stunde ihrer Abfahrt in Form eines Ausflugs Freiburg und Umgebung von der schönsten Seite (in doppeltem Sinne) kennen lernen konnten. Als Ort der nächsten Generalversammlung wurde Konstanz gewählt.

Halberstadt. (Maschinenmeister.) In der am 8. Mai abgehaltenen Versammlung standen vier Punkte auf der Tagesordnung. Bei Punkt 1 wurde der Kollege Franzewitz als Vorsitzender gewählt. Über Punkt 2: Vortrag über Staßfischprägung, entspann sich eine lebhafteste Debatte und gingen die Meinungen über das von einem Leipziger Kollegen neulich erfundene Verfahren weit auseinander. Ein Antrag auf Befichtigung der Papierfabrik Ordingen wurde einstimmig angenommen. — Die Befichtigung hat bereits am 15. Mai stattgefunden. Unter Leitung der Herren Werkmeister Meil und Saalmeister Fride wurden die Kollegen in allen Einzelheiten der Papierfabrikation unterrichtet und die Fabrikanlagen eingehend besichtigt. Wir hatten auch Gelegenheit, zwei ganz neue, patentierte Sintermaschinen im Betriebe zu sehen. Herr Direktor Hempel sei für sein Entgegenkommen nochmals bestens gedankt.

Heide. In der am 15. Mai abgehaltenen Monats-versammlung wurden drei junge Kollegen dem Gauvorstande zur Aufnahme empfohlen. Die Feier des dies-jährigen Johannistages wird voraussichtlich am 26. Juni im Kurhaufe „Kaiserberg“ abgehalten werden. Nach Erledigung einiger weiterer Vereinsangelegenheiten erteilte der Vorsitzende unsern als Gast anwesenden Gauvorsteher Brütler (Niel) das Wort zu seinem Referat über: „Ver-band und Tarifgemeinschaft“. In einem etwa zweifün-ftündigen Vortrage führte Referent uns die Entwicklung des Verbandes und der Tarifgemeinschaft anschaulich vor Augen. Kollege Brütler konstatierte u. a., daß sich die anfänglich auch auf Gehilfenfische beschränkte Tarif-gemeinschaft immer mehr Bahn breite, wie auch der mit den Prinzipalen geschlossene Organisationsvertrag schon jetzt gute Früchte gezeitigt habe. Redner schloß mit der Devise: „Alle für einen, einer für alle!“ Der Vorsitzende dankte dem Referenten für seinen Vortrag und die Versammlung gab ihrem Dank durch Erheben von den Plätzen Ausdruck. Nach einer kurzen Diskussion schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Verband die Versammlung.

Kaiserslautern. Am 15. Mai fand hier eine außerordentliche Bezirksversammlung statt, in welcher der zweite Verbandsvorsitzende Grafmann über das Thema „Die gegenwärtige Situation im Buchdruck-gerbe“ sprach. Die Versammlung war gut besucht; auch von Kirchheimbolanden und Lauterbach waren Kollegen herbeigekommen, das Referat zu hören. Eingeleitet wurde die Versammlung mit einem Begrüßungsschrei durch unsern Buchdruckerangewandten. Danach ergriß Kollege Grafmann das Wort, um in einem fünf-tertelstündigen Vortrag über das oben angegebene Thema zu sprechen. Reicher und lebhafter Beifall lohnte die trefflichen Ausführungen des Redners, der mit einem Appell an die Kollegen, insbesondere an die Jungmann-schaft, stets auf der Wacht zu sein, seinen Vortrag schloß. Wüngen die Worte des Referenten auch in bezug auf Versammlungsbesuch und Studium des „Korr.“ auf frucht-baren Boden gefallen sein.

Kirchheim, N.-O. Am 16. Mai hielt unser Orts-verein eine außerordentliche Versammlung ab, in welcher der Bezirksvorsitzende Ved (Kottbus) Bericht über

den Goutag in Steintin erstattete. Anwesend waren zwei Drittel der Mitglieder. Kollege Ved schilderte in leicht-fasslicher Weise die Verhandlungen des Goutags. Am Schluß seiner Ausführungen wurde ihm der Dank der Versammlung ausgesprochen. Nachdem kam ein persön-licher Streitfall, der die Gemüter hierorts heftig erregte und die plötzliche Entlassung eines Mitglieds zur Folge hatte, nochmals zur Verhandlung. Nach ausgedehnter Debatte erklärte Kollege Ved, daß beide Parteien schwer gefehlt hätten und machte auf die Folgen bei einem Wiederholungsfall aufmerksam. Er legte der Versamm-lung ans Herz, in Streitfällen wie dem vorliegenden die Vertrauensleute anzurufen. Die Erledigung einiger Punkte der Tagesordnung wurde infolge der vorge-schrittenen Zeit auf die nächste Versammlung zurück-gestellt.

Leipzig. (Korrektorenverein.) In der gut be-suchten Versammlung am 17. Mai hielt Kollege M. Suter einen besonders für Korrektoren sehr inter-essanten Vortrag: „Im Zeitalter der Nervosität!“, in dem er nach beherrschenden Ausführungen betonte, daß eine neunstündige Arbeitszeit für die nervenzerrüttende Tätig-keit des Korrektors das Höchstmögliche sei, und daß diejenigen Korrektoren sich in einem großen Irrtum befinden, die glauben, durch Seim- und Iherarbeit ihre Lebenshaltung verbessern zu können. Nach kürzerer oder längerer Frist müßten sie diesen Irrtum mit zerrütteten Nerven und früherem Siedehum bezahlen. Auch genügte nicht allein eine sonntägliche Erholung, sondern jährlich mindestens vierzehn Tage Ferien wären für Korrektoren, wenn sie halbwegs gesund bleiben wollten, unumgänglich. Der Antrag Düsseldorf, vor dem zweiten Korrektorentag eine neue Statistik aufzunehmen, wurde deshalb nicht für empfehlenswert gehalten, weil durch eine solche andre positive Resultate als die der letzten Statistik wohl kaum erzielt werden dürften, höchstens könne dadurch die aller-dings erfreuliche Zunahme der Organisation der Korrek-torensparte dokumentiert werden. Die Abhaltung des zweiten Korrektorentags wurde für Ende 1910 befür-wortet, da ja die eventuell anwesenden Vertreter der Korrektoren auf der Generalversammlung in Hannover über die Wünsche der Kollegenschaft orientiert sein müßten. Die Broschüre „Wortzusammenstellungen und Wort-zusammengehörungen im Deutschen“ gelangte auf Kosten des Vereins zur Verteilung. Fünf Kollegen wurden neu aufgenommen.

Leipzig. (Maschinenmeister.) In der am 14. Mai im „Schloßkeller“ abgehaltenen, gut besuchten Veram-mlung der Drucker und Maschinenmeister begrüßte der Vorsitzende Ludwig unter Punkt „Kommissionsbericht“ die Anregung verschiedener Maschinenmeistervereine be-treffs Abhaltung eines Maschinenmeisterkongresses im kommenden Jahre. Die Kommission halte denselben in Anbetracht verschiedener Tarifamtsentscheide in Drucker-angelegenheiten und angesichts der 1911 bevorstehenden Verbandsgeneralversammlung für eine Notwendigkeit. Dann geisterte der Redner gebührend das Verhalten des Obermaschinenmeisters einer hiesigen Firma (Verbands-mitglied), welcher einem Kollegen, der in einer Offizins-versammlung über die Ungangsförmen dieses Herrn den Kollegen gegenüber berechtigte Klage geführt hatte, unter höchst fadenförmigen Gründen kündigte. Einen breiten Raum nahm die Erörterung der Angelegenheit des Kol-legen Rich. Behmann ein. Derselbe hatte sich in letzter Zeit eines äußerst „kollegialen“ Verhaltens befleißigt, dessen Endresultat die Kündigung eines Kollegen in der „Leipziger Volkszeitung“ war. Die Debatte, die sich an die streng sachlichen Ausführungen des Kollegen Ludwig zu dieser Sache angeschlossen, zeitigte die einstimmige An-nahme folgender Resolution: „Die am 14. Mai im „Schloßkeller“ tagende Maschinenmeisterversammlung ver-urteilt aufs schärfste die unkollegiale Handlungsweise des Kollegen Rich. Behmann verschiedener Kollegen gegen-über, ganz besonders sein Verhalten in der Leipziger Volkszeitung“. Die Versammlung fordert den Kollegen Behmann auf, auf Grund dieser Vorkommnisse seine ihm von der Organisation anvertrauten Ehrenämter in die Hände seiner Mandatgeber zurückzugeben.“ Nach Erledi-gung dieser Angelegenheit gab der Kassierer die Abrech-nung über den verfloffenen Familienabend. Zum dritten Punkte der Tagesordnung erhielt Herr Robert Illgner (Galle a. S.) zu seinem Thema: „Ein bunter Abend“, das Wort. Derselbe erntete für seine einheißstündigen Regitationen erster und heiterer Stücke den wohlverdienten Beifall der Versammlung. Unter „Verständliches“ wurde ein Antrag gestellt, der bezweckte, alle großen Begeben in tariflicher und kollegialer Beziehung unter Namens-nennung zu veröffentlichen. Dieser Antrag wurde der Kommission zur Beratung überwiesen. Nachdem dann noch Kollege Ludwig auf die am 6. Juni im „Schloß-keller“ stattfindende Druckfachenausstellung aufmerksam gemacht und um rege Beteiligung ersucht hatte, erfolgte Schluß der Versammlung.

Ludwigsburg. Eine am 10. Mai hier abgehaltene allgemeine Buchdrucker-versammlung hatte sich un-gewöhnlich starken Besuch zu erfreuen, besonders auch von den hier wohnenden Stuttgarter Kollegen. Als Referent war Kollege Kayser (Stuttgart) erschienen. Kollege Kayser sprach über: „Was uns not tut?“ Er führte dabei den Anwesenden das Entstehen, die weitere Entwicklung und das Erstarren unsers Verbandes durch die Schaffung von Unterstützungsanstaltungen und nicht zuletzt durch die Tarifgemeinschaft vor Augen. Eindring-lich wies er auf die Gefahr hin, welche von Seiten des Arbeitgeberverbandes und des Hand in Hand mit dem-selben gehenden Guttenbergbundes drohe. Aber auch in unsren eignen Reihen sei sehr viel Verbesserungsbedürftig.

Die Untrennbarkeit der Tarifinstitutionen zeuge von der Interesselosigkeit der Mitglieder und ergebe sich hieraus der schwere Standpunkt der Organisations- und Tarif-funktionäre. Die einheißstündigen Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Nach einer kurzen Diskussion dankte der Vorsitzende namens der Versamm-lung dem Referenten. Die Erledigung einer wichtigen lokalen Angelegenheit bildete den Schluß der anregend verlaufenden Versammlung.

Bezirk Lüneburg. Die am 16. Mai in Lüne tagende Bezirksversammlung erfreute sich eines guten Besuchs, waren doch aus den Orten Wilhelmsburg, Harburg, Wülfen, Bledede, Lauenburg, Lüneburg, Dannenberg, Hagen, Althorn und Wittingen etwa 100 Kollegen erschienen. Nachdem die Versammelten das Andenken des kürzlich verstorbenen Kollegen Wland, des früheren lang-jährigen Bezirksvorsitzenden, in üblicher Weise geehrt hatten, wurde von dem Vorsitzenden der Jahresbericht erstattet, der ein erfreuliches Bild weiteren Fortschritts des Bezirks Lüneburg entrollte. Mehrfache Tarifanerkennungen sowie das ständige Anwachsen der Zahl der Verbandsmitglieder (am 1. Mai zählte der Bezirk 148 Mitglieder) lassen das verfloffene Geschäftsjahr als ein für uns in jeder Hin-sicht befriedigend verlaufenes erscheinen, um so mehr, als die wirtschaftliche Krise sich häufig auch in unserm Be-zirk recht sichtbar machte. Von der Tagesordnung festsetzte besonders die Durchberatung der Goutagstagesordnung die Aufmerksamkeit der Versammlungsteilnehmer. Über die grundlegenden Punkte der im Entwurfe vorliegenden neuen Goutagstagesordnung, besonders in Hinsicht des Abschlusses der Gegenseitigkeitsverträge, konnte völlige Übereinstimmung mit dem Entwurfe festgestellt werden, wenn auch hierbei mancher Wunsch noch zurückgestellt werden mußte. So wurde es bebauert, daß für unsern Bezirk hinsichtlich der Gegenseitigkeit hauptsächlich in Frage kommende Gau Hamburg-Altona für die bevorstehenden Abschüsse ausbleibe. Der gute Stand der Bezirkskasse wird es wahrscheinlich ermöglichen, daß im Herbst eine zweite Bezirksversammlung stattfindet, und zwar in Wülfen a. N. Damit geht ein allseitig lang-gehegter Wunsch in Erfüllung, die Verbandsmitglieder unsers weiterzweigenden Bezirks häufiger vereint zu sehen; zumal dann die Zeit gewonnen wird, daß neben erster Verbandsarbeit den Unabnahmen persönlicher kollegialer Beziehungen der Weg mehr geebnet wird. Mit einem kräftigen Hoch auf den Verband wurde die gut verlaufene Versammlung nach dreistündiger Dauer geschlossen. Die Kollegen blieben dann noch ein Stündchen in ungezwungener Geselligkeit zusammen, bis die Abendzüge die auswärtigen Teilnehmer wieder ihren heimatischen Penaten zuführten.

Bl. München. (Bayrischer Korrektorenverein.) Die am 16. Mai abgehaltene Mitglieder-versammlung nahm nach vollzogener Aufnahme dreier Kollegen aus München zur Abhaltung des nächsten deutschen Korrektoren-tags Stellung. Nach eingehender Aussprache kam sie zu dem Beschlusse, daß der Korrektorentag an einem mög-lichst späten Termin im nächsten Jahre stattfinden soll, vorausgesetzt, daß auf Grund vorher zu beschaffenden statistischen Materials sich eine Unterlage für einen solchen ergeben wird. Damit konnte sich aber die Ver-sammlung nicht einverstanden erklären, daß an Stelle eines Korrektorentags event. nur eine Vertagung der ein-zelnen Vorlesungen mit der Zentralkommission stattfinden soll, denn es müßte auch den Mitgliedern der Provinz Gelegenheit gegeben werden, an der weiteren Ausgestal-tung der speziellen Berufsorganisation mitzuwirken, und das wäre am zweckmäßigsten dadurch zu erreichen, daß ein größerer Kreis von Vertretern zusammenkomme und seine Meinungen austausche. Am Schluß des laufenden Jahres kann der bayrische Korrektorenverein auf ein fünf-jähriges Bestehen zurückblicken und soll aus diesem An-laß in München am 31. Oktober eine kleine Feier ver-anstaltet werden, zu der auch die auswärtigen Kollegen des Vereins eingeladen werden mit dem Bemerten, daß event. die Hälfte der Fahrtkosten ihnen entschädigt werden. Dann wurde noch beschloffen, den diesjährigen Sommer-ausflug am 6. Juni auszuführen und außerdem fanden einige interne Vereinsangelegenheiten Erledigung.

S. Bezirksverein Wörzheim. In der jetzt wieder in herrlichem Frühjahrschmucke prangenden schmählichen Wabestadt Wildbad fand am 16. Mai unsere Bezirks-versammlung statt. Während eine stattliche Anzahl Wörzheimer Kollegen schon in der Frühe den schönen Mainbogen benutzte, den Weg nach Wildbad zu Fuß zu machen, fanden sich nachmittags noch weitere Kollegen zusammen. Er waren erschienen aus Wörzheim 45, aus Altensteig 4, Neuenbürg 3, Waihingen a. E. 1 und Wild-bad 2 Kollegen. Die Orte Kaln, Mühlacker und Maul-bronn waren nicht vertreten. (Waihingen hat sich leider bald nach Gründung des Bezirksvereins wieder ab-gemeldet). Der Vorsitzende Stuber (Wörzheim) begrüßte die Erschienenen, besonders den Gauverwalter Klein (Stuttgart), und als Gast den Sekretär Stautner des erst vor kurzem nach Stuttgart verlegten Internatio-nalen Buchdruckerretariats. Unter „Verbandsangelegen-heiten“ und „Bericht aus den einzelnen Druckorten“ wurden einige interne Fragen erledigt. Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß die jetzt auslernenden Kollegen für den Verband gewonnen werden müßten. Gauverwalter Klein hielt hierauf einen Vortrag, in welchem er recht beherzigenswerte und zeitgemäße Worte an die Kollegen richtete. Auch sprach er sein Bedauern darüber aus, daß die älteren Kollegen sich immer mehr zurückziehen, anstatt mit ihren reichen Erfahrungen aus den schweren Zeiten unsers Verbandstodes den jungen Kollegen zur Seite zu stehen. Lebhafter Beifall wurde dem Kollegen Klein für seine trefflichen Worte gespendet

und die anschließende Diskussion zeigte, wie der Referent es verstanden hatte, seine Ausführungen interessant und beherzigenswert zu gestalten. Da speziell in Forzheim und auch in anderen Druckorten die Kollegialität viel zu wünschen übrig läßt, steht zu hoffen, daß man auch entsprechend zu handeln versteht. Ein weiterer Punkt der Tagesordnung betraf das Johannisfest. Da die Mitgliedschaft Forzheim das Johannisfest stets aus ihren Mitteln befreit und seit Jahren schon mit einem erheblichen Defizit zu rechnen hatte, so wurde beschlossen, an Stelle des Festes den Heilbronn-Kollegen einen Besuch abzustatten. (Es sind gerade zehn Jahre verlossen, als die Mitgliedschaften Heilbronn und Forzheim gemeinsam in Heilbronn das Johannisfest feierten und sind die frühlichen Stunden wohl noch manchem in Erinnerung. D. W.) Die weiteren Punkte der Tagesordnung waren nicht von allgemeinem Interesse. Mit dem Wunsche, die Forzheimer Kollegen möchten die Monatsversammlungen ebenfalls so zahlreich besuchen wie die Bezirksversammlung, und mit einem Hoch auf den Verband schloß dann der Vorsitzende die Versammlung, worauf noch ein Rundgang durch die prächtigen Anlagen Willbad's unternommen wurde. Willbad, wo während der Wabefaison alljährlich etwa zehn Kollegen in den beiden dortigen Druckereien beschäftigt werden, ist während der Wintermonate für uns Buchdrucker wie ausgeflogen.

F.-e. Pulsnik. Am 16. Mai hatte es die Mitgliedschaft Radeberg unternommen, im Vereine mit unserm Gauverwalter Steinbrück (Dresden) eine Agitationsversammlung im „Ratskeller“ der gelobten Pfefferkuchenstadt Pulsnik abzuhalten. Die Radeberger Kollegen hatten das Angenehme mit dem Nützlichen verbunden und waren per Omnibus mit ihren Damen nach Pulsnik gekommen. Die Versammlung war, wie die Präzisionsliste ergab, von 31 Kollegen aus Bischofsberda, Großhörsdorf, Kamenz, Pulsnik und Radeberg besucht. Darunter befand sich auch eine größere Anzahl, die unserer Organisation bisher interesselos gegenüberstand, und die, wie wir hoffen, nun bald dem Verbandsbeitrage wird. Kollege Schulze (Pulsnik) hieß die Erschienenen, insbesondere den Kollegen Steinbrück (Dresden), im Namen der Pulsniker Kollegen herzlich willkommen und übertrug hierauf dem Vorsitzenden Voigt des Radeberger Ortsvereins die Leitung der Versammlung. Mit dem Wunsche, daß diese kollegiale Zusammenkunft ihren Zweck, recht viele Kollegen dem Verbandsbeitrage zuzuführen, erreichen möchte, erteilte er dem Gauverwalter Steinbrück das Wort zu einem Vortrag über den Vorteil der Zugehörigkeit der Buchdrucker zu ihrer Organisation. Nachdem der Vortragende kurz bemerkt, daß die tariflichen Verhältnisse im Bezirke „rund um den Keulenberg“ bedeutend besser sein könnten, wenn größerer Zusammenhalt unter den Kollegen herrschen würde und diese dem Verbandsbeitrage wären, führte er einige Zahlen auf, was in der letzten Zeit an Unterstützungen geleistet wurde und verglich den Verbandsbeitrag mit der Saat, die der Landmann auswirft. Wer nicht sät, der kann auch nicht ernten. Die Ernte sei die Tarifgemeinschaft, die auch von den Nichtorganisierten als Annehmlichkeit empfunden würde. Aber keine Tarifgemeinschaft ohne Verband. Die Zugehörigkeit zu demselben bilde keine Last für die Gehilfen mehr, sondern tiefe ihnen in allen vorkommenden Fällen einen festen Rückenhalt. In seinen weiteren Ausführungen wies der Vortragende auf die großen Erfolge hin, die durch die Tarifgemeinschaft für die Gehilfen errungen wurden und streifte auch in längeren Ausführungen die Konkurrenz, die uns durch das weitere Eindringen des „eisernen Kollegen“ in die Druckereien erwächst. Kollege Steinbrück schloß mit der Hoffnung, daß die unsren Reihen noch fernstehenden Kollegen ihre Teilnahmebereitschaft abstreifen und sich dem Verband anschließen möchten. Es würde für jeden nur von Nutzen sein. Reicher Beifall belohnte die leichtverständlichen 1 1/2 stündigen Ausführungen unserm Gauverwalter. Die sich anschließende Debatte gestaltete sich sehr anregend. Alle Redner rügten das herausfordernde Gebaren des Prinzipals Papst in Königsbrück, dessen tarifwidrige Verfahren auch im Interesse der Prinzipale Verurteilung erfuhr und jedenfalls nicht mehr lange mit angesehen werden dürfe. Mit einem längeren Schlussworte des Referenten wurde die gut verlaufene Versammlung sodann geschlossen, nachdem ein dem Verbandsbeitrage gewidmetes Lied erklungen war. — Den ersten Teil löste nunmehr der bei Buchdruckern nicht fehlende Humor ab und das folgende gemeinsame Mittagessen vereinigete die auswärtigen Kollegen noch längere Zeit. Dann wurde dem nahegelegenen Schwedenstein ein Besuch abgetatelt, zu dem die Pulsniker Kollegen die Führung übernommen hatten. Den Abend verbrachte ein Teil der noch anwesenden Kollegen gefellig im „Schützenhaus“. Waren derartige Veranstaltungen bisher vollständig negativ verlaufen, so konnten wir diesmal erfreulichere sechs Reueaufnahmen verzeichnen.

K. Haxlbor. Am 15. Mai hielt der hiesige Ortsverein seine Monatsversammlung ab. Von 52 an der Ort vorhandenen Mitgliedern waren 50 anwesend. Der Vorsitzende Wojaczek eröffnete die Versammlung und begrüßte die Erschienenen, insbesondere den anwesenden Gauvorsteher Fiedler (Breslau). Nachdem die ersten zwei Tagesordnungspunkte erledigt waren, erteilte der Vorsitzende dem Gauvorsteher Fiedler das Wort. Derselbe verbreitete sich in längeren Ausführungen über unser Verbandsleben und behandelte insbesondere die gesellschaftliche Erziehung, an der es nicht nur den jungen, sondern auch vielen alten Kollegen mangle. Insbesondere ermahnte er die Mitglieder zur Einigkeit, warnte dieselben vor persönlichen Angriffen und Streitigkeiten in

den Druckereien sowie in den Versammlungen, dem dadurch werde den Kollegen oft der regelmäßige Versammlungsbesuch verleidet. Weiter empfahl er den „Korr.“ zum fleißigen Lesen. Nur durch das Lesen desselben könnten die Mitglieder zu tüchtigen Gewerkschaftlern erzogen werden. Zum Schlusse kritisierte er scharf das Restantenwesen, das auch hier Platz gegriffen hat. Beim vierten Punkte: „Einrichtung von Fachkursen“, wurde beschlossen, sich mit dem Magistrat wie auch mit den hiesigen Prinzipalen in Verbindung zu setzen, denn erst dann wäre eine solche Einrichtung möglich, wenn sie finanzielle Unterstützung seitens der Behörden erhalten würde. — Am 16. Mai fand hier im Leszchen Lokal eine allgemeine Buchdruckerversammlung statt. Zu derselben wurden auch sämtliche an Orte vorhandene Nichtmitglieder eingeladen, von denen jedoch nur ein Teil erschienen war. Der Vorsitzende Wojaczek eröffnete die Versammlung mit einer Begrüßung der Erschienenen. Dann erteilte er dem Gauvorsteher Fiedler das Wort zu seinem Vortrage: „Warum ist die Organisation eine bringende Notwendigkeit?“ In trefflichen, zu Herzen gehenden Worten entlegte sich der Vortragende seiner Aufgabe aufs Beste, wofür ihm wohlverdienter, langanhaltender Beifall zuteil wurde. Mögen seine Worte auf fruchtbaren Boden gefallen sein! Nach einer kleinen Diskussion wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband vom Vorsitzenden geschlossen. Am Nachmittage fand ein gemeinschaftlicher, gemüthlich verlaufener Ausflug in die Umgebung statt.

Reichenbach-Laugenbickelau-Nimptsch. Am ersten Osterfeiertage veranstaltete unser Ortsverein in Reichenbach eine Druckfachenausstellung, welche sich eines zahlreichen Besuchs aus von Nichtbuchdruckern erfreute, die ein lebhaftes Interesse an den ausgetheilten Erzeugnissen bekundeten. Neben einheimischen Arbeiten hatten auch die Firmen Scheller & Gieseler, Rodtrock & Schneider, H. Hogenforst, J. G. Mailänder, U. Numrich & Co., Rudwig Wagner, W. H. Wöllmer, Dr. Trentler, Charlottenberger Farbwerke u. a. Druckfahen bereitwilligst zur Verfügung überandt, die großes Interesse erregten. Den genannten Firmen sei an dieser Stelle nochmals gedankt. — In der letzten Versammlung wurde u. a. beschlossen, das Johannisfest am 27. Juni in Wab-Ditsdorf bei Nimptsch abzuhalten.

Speier. In unserm am 14. Mai stattgehabten Versammlung war es uns vergönnt, den zweiten Verbandsvorsitzenden Graßmann in unserer Mitte begrüßen zu dürfen. Leider ließ der Versammlungsbesuch auch diesmal zu wünschen übrig. Nach Eröffnung der Versammlung durch unsern Vorsitzenden Graf und Begrüßung des Kollegen Graßmann hielt uns dieser einen Vortrag über: „Die gegenwärtige Lage im Buchdruckergewerbe“. Der Referent gab ein treffliches Bild über die wirtschaftliche Krisis in allen Gewerben und die bisherige Entwicklung der Gewerkschaften wie auch über die gegenwärtige Situation im Verbands. Kollege Graßmann erwähnte zum Schlusse besonders die jüngeren Kollegen, in technischer Beziehung wie auch in gewerkschaftlicher sich immer mehr zu vervollkommen. Reicher Beifall ward denn auch dem Referenten für seine lehrreichen Ausführungen zuteil, und wurde ihm vom Vorsitzenden der Dank der Versammlung hierfür ausgesprochen. Hossentlich hat dieser Vortrag dazu beigetragen, daß in den Reihen unsern Mitglieder sich jetzt mehr Interesse für die Verbandsangelegenheit zeigt.

G. Weida i. Thür. Am 16. Mai hatten wir Gelegenheit, den „Korr.“-Redakteur Willi Krahl in unserer Mitte zu sehen, um einen Vortrag über „Unsre Zeit und ihre Erfordernisse“ zu halten. Der Ortsverein Weida hatte deshalb auch die Mitglieder der umliegenden Druckorte der zu diesem Zweck einberufenen Versammlung eingeladen und hatten derselben auch viele Kollegen Folge geleistet. Vertreten waren außer den Kollegen am Orte die Mitgliedschaften Gera (51), Alma, Criebs, Kripts, Rösting, Saalfeld. Eingeleitet wurde die Versammlung durch den tadellosen Vortrag von „Heil Gutenberg“ durch die Gesangsabteilung des Ortsvereins Gera. Hierauf begrüßte der Vorsitzende des Weidauer Ortsvereins, U. P. o. o. s., die erschienenen auswärtigen Kollegen und erteilte dem Referenten das Wort. In 1 1/2 stündiger Rede entrollte Kollege Krahl ein klares Bild über die bisherige Entwicklung der Gewerkschaften im allgemeinen und über die Lage in unserm Gewerbe, dabei die Notwendigkeit regeren und verständnisvolleren Interesses seitens der Kollegen an allen Erscheinungen und Vorgängen der Neuzeit betonend. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine lehrreichen Ausführungen. In der nun folgenden Diskussion brachten sämtliche Redner zum Ausdruck, daß sie mit den Ausführungen des Referenten vollkommen einverstanden waren. Nach einem längeren Schlussworte des Vortragenden schloß der Vorsitzende des Vereins die Versammlung, hoffend, daß die wertvollen Anregungen auch den erwünschten Nutzen bringen möchten. — Am Nachmittage waren die auswärtigen Kollegen mit den hiesigen noch manche Stunde fröhlich zusammen und schieden, sicherlich in jeder Hinsicht zufriedengestellt.

Rundschau.

Ein neues Verzeichnis der tariftreuen Druckereien gelangt im Monat Juni durch das Tarifamt zur Ausgabe. Das Verzeichnis enthält zunächst eine Aufstellung der tariftreuen Firmen nach den 13 Tarifkreisen, ferner ein Adressenverzeichnis sämtlicher Tariffunktionäre, eine Statistik über den gegenwärtigen Stand der Tarifgemeinschaft, und

schließlich ist demselben neu hinzugefügt ein alphabetisches Ortsregister, welches das Auffinden der einzelnen Druckorte gegen früher wesentlich erleichtern wird. Das einzelne Exemplar kostet 20 Pf., dazu kommen noch 10 Pf. Porto. Bei 2—3 Exemplaren beträgt das Porto 20 Pf., bei 4—6 Exemplaren 30 Pf. Mehr als 6 Exemplare gehen nur als Palet. Das Tarifamt verbindet mit dieser Bekanntmachung gleichzeitig den wohlbedingten Wunsch, die gewünschten Exemplare möglichst ortsweise zu bestellen und Einzelbestellungen möglichst zu vermeiden. Die Versendung erfolgt nur gegen vorherige Einsendung des Betrags oder gegen Nachnahme. Die Bestellungen sind so fort beim Tarifamt, z. B. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, einzureichen.

Ferien! Auf Versammlungsbeschluss des Ortsvereins in Minden i. W. richtete der Vorstand an die dortige Prinzipalität ein Gesuch um Ferienbewilligung. Daraufhin gewährte die Hofbuchdruckerei von J. C. E. Bruns bei dreijähriger Geschäftszugehörigkeit drei Tage und für jedes weitere Jahr einen Tag mehr, bis zu sechsjähriger Karenz mit sechs Tagen Erholungsurlaub. In den Genuß der Ferien kommen von 33 Gehilfen 31 und davon 27 in der höchsten Staffel. Die Firma Köhler bewilligte bei fünfjähriger Tätigkeit drei Tage und nach zehnjähriger Karenz sechs Tage Ferien. Daran partizipieren hier von zwölf Gehilfen nur drei, und zwar in der letzten Stufe. — Ein kleiner Anfang auf diesem Gebiete zeigt sich auch in Saarouis. Dort bewilligte die Aktiendruckerei der „Saarzeitung“ ihrem Personale drei Tage Erholungsurlaub bei einer Karenz von fünf Jahren, für über fünfjährige Beschäftigung wurden vier Tage bewilligt. — Die „Berlinerische Verlagsanstalt“ (NW 23) bewilligte dem Personale drei Tage Ferien ohne besondere Karenzzeit. — Die Firma Kurt Swoboda in Burgkädt bewilligte zwei Tage Ferien ohne Karenz als ersten Versuch.

Ferienverlängerung. In der Druckerei der „Volksmacht“ in Viefelsfeld (U. Gerich & Co.) wurden die Ferien dahin erweitert, daß bei einjähriger Tätigkeit sechs Arbeitstage, bei fünfjähriger neun und bei zehnjähriger Beschäftigung zwölf Tage Erholungsurlaub gewährt werden. Außerdem trägt die Firma bei Krankheitsfällen die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld (Verband und Ortskrankenkasse) auf die Dauer von sechs Wochen vom Tage der Erkrankung ab. Bei Betriebsunfällen auf die Dauer von 26 Wochen.

Konkurrenzeröffnung: Wolfstein & Teilhaber, G. m. b. H. in Frankfurt a. M. (Buchdruckerei und Verlag).

Ein Scheerstreif ist in Genf ausgebrochen. Da die gemischte Kommission zu keiner Einigung über den Maschinenpatent gekommen ist, beschloß die Genfer Typographie mit 150 gegen 50 Stimmen den Streit. Die Zeitungen „Erbine“, „Genevois“ und „Amtsblatt“ konnten nicht entscheiden. Nähere Mitteilungen fehlen noch.

Über den Geschäftsgang in der Papierindustrie im Jahre 1908 brachte der „Allgemeine Anzeiger“ in seiner letzten Nummer folgenden Bericht: Für die Zeitungsbuchpapierproduktion hat das Jahr 1908, wie die Feststellungen aus Fachkreisen ergeben haben, insofern mit einer Überraschung geadet, als die im Herbst noch begründete Annahme, daß die allgemeine ungünstige Konjunktur auch auf den Verbrauch von Zeitungsbuchpapier noch weiter einwirken würde, sich als unzutreffend herausgestellt hat. Im letzten Vierteljahre hat eine sehr starke Nachfrage bewirkt, daß der Gesamtverbrauch von 1908 sich um etwa 5 Proz. höher stellte als im Vorjahre. Demgegenüber stieg aber die Druckpapierproduktion in weit höherem Maße. Die Preise für Zeitungsbuchpapier waren zu Anfang des Jahres um 3—4 Proz. höher als im Jahre 1907, erfuhr aber in der zweiten Hälfte des Jahres einen Rückgang. Für Bierereien in 1909 scheinen hingegen keine wesentlichen Veränderungen eingetreten zu sein. In besserem Druck- und Schreibpapiere liegen trotz allgemeiner Klagen die Umsätze nicht wesentlich nach, so daß behauptet werden kann, daß die Klagen sich weniger auf das laufende Geschäft als auf die Auslichten für die zukünftige Gestaltung bezogen. Der unerwünschte Geschäftsgang und andre nachteilige Momente, die die Interessen des Großhandels berühren, hemmen die deutschen Papiergroßhändler, in Berlin zur Gründung des „Deutschen Papiergroßhändlerverbandes“ zusammenzutreten, um durch diesen die Mißstände zu beseitigen, die sowohl im Handel selbst als auch in seinen Beziehungen zu den Papierproduzenten und Konsumenten bestehen.

Die Pariser Buchhandlungsgesellschaften zeigen üblichen Eifer, sich in ihrem Verufe zu vervollkommen. In der Erkenntnis, daß dazu auch einiges Verständnis vom Buchdruckergewerbe gehört, richteten sie fünf Kurse zur Einführung in das technische Gebiet der Herstellung des Buchs ein. Der einleitenden Vorlesung über das Thema: „Was ist ein Buch?“ folgten fünf Abhandlungen über Satz, Papier, Illustration, Stereotypie und Druck sowie über Buchhändlerarbeiten.

Die Begriffsabteilung des Verbandes der Lithographen und Steindruckere und der Paragraf 153 der Gewerbeordnung vertragen sich nach einem in letzter Zeit gefällten Urteile des Schöffengerichts in Köpfigenbruda (Saachsen) sehr schlecht miteinander. Über diese Begriffsabteilung haben wir schon in Nr. 31 des „Korr.“ berichtet, daß deren Ziel und Zweck in erster

Siehe sich nur auf die technische Fortbildung der Mitglieder richtet und durch Veranstaltung praktischer Lehrkurse im Zeichnen, Malen usw. eine sehr ideale und ernste Aufgabe zu erfüllen befreit ist. Die Verfolgung wirtschaftlicher Zwecke ist dabei ausgeschlossen; nur beim Übertritt aus der Lehrlingsabteilung in den Verband werden den Mitgliedern gewisse Vorteile zuerkannt. Trotzdem stellte sich das genannte Schöffengericht in einem Fall auf den entgegengesetzten Standpunkt, wo ein Steindrucker einen Lehrling als Mitglied für die Lehrlingsabteilung gewinnen wollte, aber auf eine ablehnende Antwort des angehenden Kunstlings noch die unbedachte Äußerung fallen ließ: „Es gibt schon die Mittel, daß die Lithographen in den Verband resp. die Lehrlingsabteilung eintreten!“ Der betreffende Lehrling stellte nämlich, geschoben durch seinen Prinzipal, Strafantrag wegen Verletzung im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung. Im vorliegenden Falle kam es nun darauf an, zu entscheiden, ob die Lehrlingsabteilung des Verbandes der Lithographen und Steindrucker eine „Vereinigung zum Zwecke der Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen“ ist, wie solche im § 152 der Gewerbeordnung vorgesehen sind. Denn nur, wenn dies der Fall ist, könnte eine Bestrafung nach § 153 eintreten. Nach dem Statute der Lehrlingsabteilung kann nun hiervon keine Rede sein. Trotzdem verurteilte das Schöffengericht den angeklagten Steindrucker nach § 153 zu der harten Strafe von zwei Wochen Gefängnis. Dieses unverständliche Urteil stützt sich im wesentlichen auf folgende Auffassung: „Die Lehrlingsabteilung gehört zum Verbands, sie ist nichts anderes als der Verband. Sie hat denselben Vorstehenden wie der Verband und die Beiträge zur Lehrlingsabteilung werden ja auch zum Teil beim Übertritt in den Verband angerechnet.“ Der Angeklagte hatte den Antrag gestellt, daß das Gericht Beweise über die untergeordneten Zwecke der Lehrlingsabteilung herbeischaffe, wenn es das Statut derselben als wahrheitswidrig ansehe. Dieser Vorschlag wurde aber nicht beachtet. Inwiefern die beschriebene Berufung gegen das Urteil von Erfolg sein wird, werden wir später berichten.

Gewerkschaften und Krankenkassen. Zu verschiedenen Malen schon konnten wir in den letzten Monaten über einzelne Fälle berichten, deren Tendenz darauf gerichtet war, auf dem Verwaltungswege, gewissermaßen so von hinten her, durch die Behörden den Gewerkschaften am Zeuge zu sitzen resp. deren humanitäre Unterstützungseinrichtungen als Entlastung für die an und für sich schon minimale gesetzliche Arbeiterfürsorge zu mißbrauchen. Auch die neue Reichsversicherungsordnung trägt unverkennbar den Stempel der Einschränkung der durch die Arbeiterschaft im Laufe der letzten Jahrzehnte in sozialer Beziehung erstrittenen Positionen, eine Einschränkung in bürokratischen Zwang und Bevormundung von Reichs wegen. Es ist deshalb von sehr wesentlicher Bedeutung, wenn die berufenen Instanzen der organisierten Arbeiterschaft gerade in diesen Fragen ein sehr wachsame Auge haben und kein Mittel unversucht lassen, jenen derartigen Versuch mit Zähigkeit bis zur höchsten Instanz zu bekämpfen. Einen solchen trafen Fall hatte auch vor kurzem das Dresdener Arbeitersekretariat zu verzeichnen, indem es, um eine klare Rechtslage zu schaffen, das sächsische Oberverwaltungsgericht zu einer prinzipiellen Entscheidung in dieser sehr wichtigen Streitfrage anrief. Der Entwicklungsgang ist folgender: Ein Steindrucker war infolge seines Arbeitsverhältnisses Mitglied der zuständigen Fabrikkrankenkasse, die im Krankengeld-falle zwei Drittel des Arbeitslohns als Krankengeld gewährt. Der Steindrucker, der Mitglied des Seneferbundes war, erkrankte und erhielt nun von der Betriebskrankenkasse statt der ihm zustehenden 20 Mk. nur 16 Mk. Krankengeld wöchentlich. Auf seine Beschwerde erhielt er vom Rassenvorstande den Bescheid, daß er nur zu 24 Mk. Wochenlohn (statt 30 Mk.) verdient sei, weil er noch Mitglied der Krankenkasse des Seneferbundes sei und bei dieser ein Anrecht auf 12 Mk. wöchentliches Krankenunterstützung habe. Auf die weitergehende Beschwerde des Steindruckers änderte der zuständige Stadtrat als nächste Aufsichtsbehörde der Fabrikkrankenkasse den Bescheid dahin ab, daß die Kasse verpflichtet wurde, statt 16 Mk. Krankengeld 18 Mk. zu zahlen. Damit sollte nach der Begründung dieser Instanz dem Steindrucker ein Ausgleich geschaffen werden, daß der Erkrankte wenigstens auf die Höhe seines Lohns kam, aber nicht überverdient sei. Auch gegen diesen Bescheid legte der Steindrucker Berufung ein, welche aber durch die Kreis-hauptmannschaft verworfen wurde. Nun kam das Oberverwaltungsgericht an die Reihe. Diese höchste Behörde im vorliegenden Streitfalle hat nun das angefochtene Urteil aufgehoben und die Krankenkasse verurteilt, Krankengeld zu zahlen ohne Anrechnung der Unterstützung, die der Steindrucker aus seiner Gewerkschaftskasse bezieht. Mit ganz besonderer Klarheit wird in der Begründung auf dieser letzten Entscheidung darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaftskassen nur dann als „anderweitige Versicherung im Sinne des Krankenfallengesetzes“ in Betracht kommen könnten, wenn den Mitgliedern der Gewerkschaften ein Rechtsanspruch auf die ihnen zugesicherten Unterstützungen zuzurechnen würde. Nach den bestehenden Verhältnissen in den Gewerkschaften beruhen deren Unterstützungen lediglich auf gegenseitigem Vertrauen, das keine rechtlichen, sondern nur moralische Ansprüche in sich schließt. Wörtlich heißt es dann in der Begründung weiter: „Die Frage, ob gewerkschaftliche Organisationen, die auch Unterstützungen einrichten, besitzen, als bloße Unterstützungsvereine oder aber als Versicherungsvereine und darum als konfessionspflichtig anzuziehen sind, hat schon seit langen Jahren eine bedeutende

Rolle in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung gespielt. Die Verbände waren von jeher befreit, jede Einmischung der Polizei in ihre Angelegenheiten auszuschließen und wehrten sich nach Kräften gegen die ihnen mehrfach angeordnete Genehmigungspflicht, und zwar mit Erfolg. Man sieht gewerkschaftliche, genossenschaftliche und vereinsrechtliche Organisationen nur dann als genehmigungspflichtig an, wenn sie nicht bloß Unterstützungen in Aussicht stellen, sondern, wenn sie einen Rechtsanspruch einklären. Die statutarischen Bestimmungen, die die Entstehung von Rechtsansprüchen ausschließen, lassen sich auch nicht deswegen beibringen, weil sie offensichtlich nur zu dem Zwecke geschaffen sind, um sich der staatlichen Aufsicht zu entziehen, denn ein solcher Beweggrund enthält für sich allein noch keine unzulässige Umgehung des Gesetzes. Daß die im vorliegenden dretretenen Auslegung der Satzungen des Verbandes unter Umständen zu einer Benachteiligung des einen oder anderen Mitglieds führen kann, ist nicht zu bezweifeln, denn es fehlt jede Möglichkeit zur Erfüllung eines Anspruchs. Gleichwohl kann hierauf kein ausschlaggebendes Gewicht gelegt werden. Einmal müßte sie schon von jedem, der das Statut prüft, selbst bei Anwendung geringer Aufmerksamkeit erkannt werden, und sodann besteht vor allem kein zwingendes öffentliches Interesse, diejenigen, welche von vornherein wissen, daß die Befriedigung ihrer eventuellen Wünsche von dem guten Willen ihrer Genossen und dem Stande der Kasse abhängen, vor Täuschung zu bewahren. Die beklagte Kasse hat nun geltend gemacht, daß der Verband bisher in allen Fällen anstandslos die Unterstützung gewährt habe. Allein aus der allgemein erfolgten Befriedigung kann keineswegs die Anerkennung einer Rechts-pflicht geschlossen werden. Nach alledem ist davon auszugehen, daß dem Kläger kein Rechtsanspruch gegen den Verband zuzurechnen ist. Was die weitere Frage anbelangt, ob eine anderweitige Versicherung im Sinne des Krankenversicherungs-gesetzes einen solchen Rechtsanspruch zur Voraussetz-ung macht, so kann nicht bestritten werden, daß durch eine solche Doppelversicherung ein großer wirtschaftlicher Vorteil gegeben ist. Das Krankenversicherungsgesetz bezweckt aber, dem Anreize zur Verstellung und Übertreibung mit Entschiedenheit entgegenzuwirken. Indessen ist es nicht angängig, bei Doppelversicherungen auch an solche Unterfützungen zu denken, auf die der Versicherte kein Recht hat. Sonst müßte ja jede Unterstützung aus einem Wohltätigkeitsverein oder einer sonstigen Vereinigung, wo die Bewilligung nur vom Willen des Vereinsvorstandes abhängig ist, ebenfalls in Betracht gezogen werden. Nun stellt aber das Gesetz es in das Ermessen der Krankenkassen, ob man dem Mißbrauche der Doppelversicherung vorbeugen will. Man überläßt es den Rassen, von ihren Mitgliedern die Anmelbung einer weiteren Versicherung zu fordern oder nicht. Daraus ergibt sich aber, daß der Gesetzgeber die finanzielle Benachteiligung, die die Doppelversicherung durch Simulation mit sich bringen kann, für die Krankenkassen nicht so hoch einschätzt. Andernfalls würde er die Doppelversicherung verboten haben.“

Das Verhältniswahl-system einzuführen, wurde auch von der Ortskrankenkasse in Freiburg i. Br. beschlossen. Um die geheime und freie Wahl dabei unter allen Umständen zu sichern, sollen keine gebundenen Listen vorgezeichnet werden, sondern jeder abgegebene Stimmzettel gilt als Wahlvorschlagn für sich. Dadurch soll gleichzeitig auch das sogenannte „Köpfen“ der Wahllisten, d. h. das Durchfallenlassen der Führer usw. verhindert werden. Kommen einzelne Veränderungen vor, so zählen diese einfach als Listen für sich und der Wille der Mehrheit der Wähler kommt doch zur Geltung. Ein vorheriges Einreichen der Wahlvorschläge wird ebenfalls nicht verlangt.

Ein Pastorenstreik ist in Liegnitz ausgebrochen. Der evangelische Anstaltsgeistliche am dortigen Landesgerichtsgefängnisse hat „seinen Betrieb eingestellt“, weil der Fiskus die Erhöhung seines Jahresgehalts abgelehnt hat. Die anderen evangelischen Geistlichen haben sich solidarisch erklärt, der katholische Pfarrer „arbeitet“ jedoch weiter.

Die vielumstrittene Rad-Abspende betrug am 15. Mai d. J. 163333,20 Mk. Davon sollen nach dem Beschlusse des Zentralhilfskomitees voraussichtlich 135 Witwen und 4 Frauen, die mit verunglückten Bergleuten zusammenlebten, sowie 635 Waisen und außerdem 20 Väter oder Mütter verunglückter Unterstützungen erhalten. Die Angehörigen der mitverunglückten 75 Ausländer sollen dabei genau so behandelt werden wie die Hinterbliebenen der 290 deutschen Bergarbeiter.

Das Recht der eignen Meinung im Hause Krupp-Veranstaltung trat auf dem letzten Krankenkassenkongresse der Abgeordnete Frähdorf den Unterstellungen des Regierungsvertreters entgegen, daß der Kongress keine ausreichende Vertretung der Krankenkassen darstelle, da die Betriebskassen ganz unzulänglich vertreten seien. Er wies auf die zahlreich anwesenden Delegierten der Betriebskassen hin, unter denen sich auch Unternehmer befanden. Dazu meldete sich dann auch der als Arbeitervertreter der Krupp'schen Betriebe dem Kongresse beiwohnende Metallarbeiter Coura und erklärte, daß die Versicherten der Betriebskrankenkassen Rheinlands-Westfalens gar nicht danach gefragt worden seien, ob sie auf dem Kongresse vertreten sein wollen. Er selbst sei in einer Mitglieder-versammlung seiner Betriebskasse, die gegen den Beschluß der Betriebskassenstellungen protestierte, zum Kongresse delegiert worden, aber hinter ihm stehe die übergroße Mehrheit aller in Betriebskassen Versicherten. Wegen dieser mannhaften Erklärung ist nun dieser Delegierte

einen Tag nach seiner Rückkehr in das Krupp'sche Wert unter Auszahlung seines Lohns für zwölf Arbeitstage sofort entlassen worden!

Ein allgemeiner Kongress der Angestellten der Krankenkassen und Berufs-genossenschaften Deutschlands tagte am 20. Mai in Berlin aus Anlaß des Erscheinens der Reichsversicherungsordnung und mit Rücksicht auf die darin vorgelegene gesetzliche Regelung der Rechtsverhältnisse dieser Angestellten. Einziger Punkt der Tagesordnung war ein Referat des Verbandsvorsitzenden Karl Giebel (Berlin): „Stellungnahme der Angestellten der Krankenkassen und Berufs-genossenschaften zur Reichsversicherungsordnung“. Die Ausführungen des Referenten, der in der Diskussion allseitige Zustimmung fand, gipfelten in folgenden Forderungen: Die Art der in der Reichsversicherungsordnung vorgesehenen gesetzlichen Regelung der Rechtsverhältnisse der Angestellten der Zwangs-krankenkassen und der Berufs-genossenschaften ist mit aller Entschiedenheit abzulehnen. Sie entspricht nicht den wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen der Kassenangestellten und ist für die Angestellten der Berufs-genossenschaften völlig unzulänglich. Selbstverständlich müssen alle bisherigen Angestellten der Versicherungs-träger in der Reichsversicherung auch nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes weiter beschäftigt werden. Zur gesetzlichen Regelung der Dienstverhältnisse der Angestellten müssen Dienstordnungen, die von Aufsichtsinstanzen weder zu genehmigen noch anzunehmen sind, geschaffen werden und Bestimmungen über einen Besoldungsplan, die Festsetzung der Arbeitszeit auf höchstens acht Stunden, die Gehaltszahlung bei unerschulter Arbeitsbehinderung, einen Ferienurlaub, dauernde Anstellung nach höchstens zweijähriger Tätigkeit und Gewährleistung des Koalitionsrechts enthalten. Ferner müssen gesetzliche Vertretungen der Angestellten geschaffen werden. Und zwar für jeden Betrieb ein Personalausschuß und weiter Einigungs-kommissionen und Schiedsaus-schüsse analog denen der Ärzte. Die Behörden sollen nicht das Recht haben, die Wahl von Angestellten zu bestätigen und Anforderungen an die geschäftliche Befähigung festzusetzen. Einstellung von Militärärzten soll ausgeschlossen sein. Der Kongress war von mehr als 650 Angestellten aus allen Teilen des Reichs, die mehr als 3600 ihrer Kollegen vertraten, besucht.

Keine gewerkschaftliche Nachrichten. In Emden stehen die Baukämpfer wegen Lohnkürzungen im Streik. — Sämtliche organisierte Maler in Oldenburg sind ausgesperrt. — Der Düsseldorf'er Schu-macherstreik ist beendet. Es wurde ein Tarif auf drei Jahre abgeschlossen, nach zwei Jahren soll eine fünf-prozentige Lohnerhöhung eintreten.

Im englischen Bergbau stehen erste Konflikte bevor. Die Unternehmer stellen folgende Bedingungen: Einführung doppelter Schichten, Abschaffung der Zwischen-mahlzeiten, Beseitigung der besonderen Entschädigung für Nachschichten, Abschaffung der Arbeitsruhe bei Unfällen und Vererbung der Verunglückten, Lohnherabsetzung und eine Stunde längere Arbeitszeit in der Woche. Die Arbeitervertreter haben selbstverständlich diese Bedingungen rundweg abgelehnt. Nun wollen die Bergherren von Wales kündigen, was etwa 150000 Bergarbeiter betreffen würde. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Schottland, wo ein Abwehrstreik rund 80000 Arbeiter umfassen dürfte.

Für eine Herabsetzung der pfändbaren Einkommensgrenze von 1500 Mk. auf die Hälfte votierte vor kurzem der Rheinische Handwerkerbund durch Annahme einer dementsprechenden Resolution. An und für sich wäre ja ein derart reaktionärer und arbeitereindlicher Antrag von dieser Seite nichts Besonderes, aber er erhält eine höhere Bedeutung dadurch, daß er von dem Zentrum's-abgeordneten Euler (Wensberg) nicht nur unterschrieben, sondern als ein sozialer Fortschritt bezeichnet wurde.

Gestorben.

In Wallenstedt der Buchdruckereibesitzer Wilh. Berg. In Berlin am 27. April der Segerinvalid Philipp Koch von dort, 75 Jahre alt — Herzschwäche; am 8. Mai der Segerinvalid August Herzog von dort, 79 Jahre alt — Herzschwäche; am 12. Mai der Seger Arthur Schröder von dort, 36 Jahre alt — Lungen-schwindsucht; am 15. Mai der Drucker Emil Schreiner von dort, 24 Jahre alt — Lungenleiden; am 21. Mai der Buch-druckereibesitzer H. S. Hermann, 59 Jahre alt. In Danzig am 19. Mai der Seger Johann Schulz, 37½ Jahre alt — Typhus. In Eßling am 24. Mai der Drucker Gustav Posner aus Breslau, 26 Jahre alt — Unglücksfall. In Hamburg am 14. Mai der Maschinen-seher Magnus Schmidt aus Demmin, 29 Jahre alt; am 21. Mai der Segerinvalid F. H. C. Lorenz von dort, 77 Jahre alt — Schlaganfall; am 23. Mai der Seger Karl Albert Gärtner von dort, 44 Jahre alt — Darmleiden; an demselben Tage der Segerinvalid Ad. Schreiber von dort, 40 Jahre alt — Lungenleiden. In Leipzig am 11. Mai der Faktor August Ehr-hardt, 67 Jahre alt; am 21. Mai der Seger Hermann Kraemer von dort, 27 Jahre alt — Lungenkatarrh; am 23. Mai der Segerinvalid Gustav Liebecke aus Magdeburg, 65 Jahre alt. In Weyden der Buchdruckereibesitzer Gerhard Hipp, 74 Jahre alt. In München am 10. Mai der Seger Joh. Krämmer aus Riß, 32½ Jahre alt — Lungenleiden. In Nürnberg der Buchdruckereibesitzer Erich Spandol. Hierzu eine Beilage.

Beilage zum Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

47. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 29. Mai 1909.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 61.

Briefkasten.

Schw.-Rp.: Besten Dank für Hinweis. Wir werden uns in St. erkundigen, welche Bewandnis es damit hatte. Ohne ganz direkte Beweise ist das nichts zu machen. — W. J. W.: Die Drucker Eug. Rösch & Wwe. in Oberkirch ist laut Bekanntmachung des Tarifamts vom 10. März 1909 wieder tariflos. Den Grund der früheren Streichung kennen wir nicht. — R. S. in Alneburg: Wenn es zu gegebener Zeit möglich zu machen ist, geschieht es. Gruß — R. R. in Hamm i. W.: Ein solches Buch ist uns nicht bekannt. Die Literatur auf diesem Gebiete, das übrigens sehr schwer einheitlich zu behandeln ist, beschränkt sich bis jetzt lediglich auf vereinzelte Artikel in den verschiedensten Fachzeitschriften. — G. H. in Weimar: 2,15 Mk. — M. S. in Breslau: Geben Sie die Exemplare der Post zurück. — W. J. in Berlin: 10 Pf. Porto. — G. H. in Ulbing: 1,85 Mk. — R. S. in Offenburg: Zwei Exemplare kosten 1 Mk., einschließlich Porto.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbüreau: Berlin SW 20, Marienburger Straße 13, I. Fernsprechanst. VI, 1112L.

Zentralinvalidentasse in Ligu.

Bilanz am 31. März 1909.

Einnahmen:

Von Saldoortrag vom 31. Dezember 1908 Mk. 427 526,08
„ Zinsen usw. 100,15
Summa: Mk. 427 626,23

Ausgaben:

Für Unterstützung, Verwaltung usw. Mk. 10068,62
„ Saldoortrag für 1. April 1909 417 557,61
Summa: Mk. 427 626,23

Invalidentend 88.

Berlin, den 10. April 1909.

Gustav Giesler, Hauptkassierer.

Vorsteher der Klassenabteilung ist revidiert, in gehöriger Ordnung befunden und der buchmäßige Klassenbestand von 4940,67 Mk. in Belegen und Kasse festgestellt worden.

Berlin, den 16. Mai 1908.

Die Revisionskommission:

Eugen Wegus, E. Gorbian, A. Wielepp.

Vorsteher der Abteilung ist von mir geprüft und mit den ordnungsmäßig geführten Büchern in Übereinstimmung befunden worden.

Berlin, den 17. Mai 1909.

Mag. Henniger, gerichtlicher Bücherrevisor beim Königl. Kammergericht und den Königl. Landgerichten I, II und III zu Berlin.

Quittung über die im 4. Quartale 1908 verausgabten Unterstützungen.

Gau	Einnahme		Ausgabe		Saldo	
	1908	1909	1908	1909	1908	1909
Berlin	1192	40	1029	13	150	40
Bresden	900	60	621	100	880	170
Frankfurt-Hessen	316	75	276	—	390	35
Hamburg-Altona	648	40	644	—	440	—
Hannover	746	40	736	10	40	—
Leipzig	2180	60	1377	680	796	70
Mecklenburg-Vorpomm.	354	40	274	110	79	30
Mittelrhein	512	10	458	842	45	68
Nordwest	95	35	91	30	4	05
Oberrhein	1253	30	276	390	973	40
Ober	973	40	100	16	132	40
Osterrland-Thüringen	122	30	91	130	—	—
Posen	416	—	182	270	231	30
Rheinland-Westfalen	584	10	458	650	119	60
an der Saale	284	—	184	60	99	40
Schlesien	561	15	456	650	98	65
Schleswig-Holstein	161	—	91	140	68	60
Württemberg	416	25	182	260	231	65

Bekanntmachung.

Die verehrl. Funktionäre eruchen wir um umgehende Vermittlung der Adresse des Seckers Wilhelm Sabert, geb. in Rogasen am 17. August 1876 (Hauptbuchnummer 67 182). Im Falle derselbe sich auf der Reise befinden sollte, ist ihm Buch und Legitimation abzunehmen und an den Unterzeichneten einzusenden.

Berlin. Der Verbandsvorstand.

Bezirk Göttingen. (Gautagsdelegiertenwahl.) Als Delegierte erhielten von 100 gültigen Stimmen: Bornemann 93, Röhre 68, Wedekind (Duberster) 55, Heinemann (Münden) 19, Schwerdfeger 18, Fahlbusch 17, Jöst 16, Siebert (Hortstheim) 14. Die drei ersten sind gewählt.

Bezirk Hildesheim. Resultat der Wahlen zum 33. Gautag: E. Wehrens 184, P. Freutel 52, Aug. Hausmann 177, W. Henne (Einbeck) 102, J. Holländer 152, H. Koch (Weine) 54, W. Lange (Goslar) 101, E. Nidel 82, M. v. Pein 97 und E. Schmidt (Welfe) 80 Stimmen. Die gesperrt gedruckten Namen sind die der Gewählten. Stichwahl zwischen Nidel und v. Pein. Abgegeben 196 gültige Stimmzettel.

Bezirk Rüneburg. Das Resultat der Delegiertenwahl zum Gautag ist folgendes: Wolf (Harburg) 110, Sasse 110, Mayer (Rüneburg) 84, Reimers 64, Vogel (Hagen) 61, Memminger (Büchom) 53, zerplittert 6 Stimmen. Die vier ersten sind somit gewählt.

Bezirk Osnabrück. Die Wahl der Gautagsdelegierten ergab folgendes Resultat: Brigg 109, Rabes 97, Fett (Quakenbrück) 78, Eichmann (Welle) 66, Krumme 65, Nibel (Welle) 51, Körber (Osnabrück) 35 Stimmen. Eingegangen 126 Stimmzettel, wovon 1 ungültig. Die vier ersten sind somit gewählt.

Erfurt. Der Drucker Oskar Jami aus Nordhausen wird hierdurch aufgefordert, den im Oktober v. J. erhaltenen Vorfuß umgehend an den Kollegen E. Sonnenstädt, Karlsruher 16 L, einzusenden.

Kattowik (O.-Schl.). Der Seher Otto Caspar, welcher nach Österreich abgereist ist, wird hierdurch aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegenüber dem hiesigen Ortsvereine nachzukommen.

Dienburg. Der Seher Paul Karstan aus Kottbus (Hauptbuchnummer 31 271) wird hierdurch aufgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Die Herren Funktionäre werden um Angabe der Adresse des Kollegen K. an Aug. Barr, Humboldtstraße 4, gebeten.

Saalfeld. Der Seher resp. Faktor Hermann Runze aus Wellen, zurzeit in Hamm in Kondition, wird aufgefordert, den vom Ortsverein am 6. Juli 1908 erhaltenen Vorfuß von 18 Mk. spätestens am 15. Juni an Heinrich Feldemann, Thortwete 60A, einzusenden, andernfalls Ausschluß beantragt wird. Es wird gebeten, R. hiervon in Kenntnis zu setzen.

Adressenveränderungen.

Schwerin. Vorisgender: Otto Diffis, Burgstr. 6.
Wismar. Vorisgender: R. Vorchert, Kanalstr. 15 I.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die betreffige Adresse zu richten):

In Gnesen der Seher Anton Brydzyj, geb. in Byrow (Kr. Ples) 1886, ausgel. in Kattowik 1905; war schon Mitglied. — In Kotten der Seher Franz Galecki, geb. in Kotten 1890, ausgel. das. 1903; war noch nicht Mitglied. — W. Klossel in Posen, Königsplatz 5.

In Heidenheim der Seher August Treiber, geb. in Verdröchten 1890, ausgel. in Heidenheim 1909; war noch nicht Mitglied. — In Ludwigsburg der Seher Friedrich Schledinger, geb. in Ludwigsburg 1891, ausgel. das. 1909; war noch nicht Mitglied. — In Reutlingen der Seherstereotypur Alfred Kappold, geb. in Reutlingen 1891, ausgel. das. 1909; war noch nicht Mitglied. — In Schwaigern der Schweizerdegen Wilhelm Haar, geb. in Dedenstrom (D.-M. Kalm) 1891, ausgel. in Schwaigern 1909; war noch nicht Mitglied. — In Stuttgart die Drucker 1. Richard Ring, geb. in Stuttgart 1891, ausgel. das. 1909; 2. Karl Stöhrer, geb. in Stuttgart 1891, ausgel. das. 1909; 3. der Seher Wilhelm Huttenlauer, geb. in Sindelfingen (D.-M. Wöblingen) 1891, ausgel. in Stuttgart 1909; waren noch nicht Mitglieder. — In Tuttingen der Seher Heinrich Kad, geb. in Weilheim (D.-M. Tuttingen) 1891, ausgel. in Tuttingen 1909; war noch nicht Mitglied. — In Würglen i. d. Schweiz 1891, ausgel. in Elm 1909; war noch nicht Mitglied. — In Waihingen a. d. E. der Seher Rudolf Schrag, geb. in Waihingen a. d. E. 1891, ausgel. das. 1909; war noch nicht Mitglied. — Karl Knie in Stuttgart, Heustegstraße 54 p.

Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Bericht vom Monate März 1909.

a) Auf der Reise: Abgenommen vom vorhergehenden Monate 91 Mitglieder, aus Kondition kamen 117 (hiervon waren 29 noch zum Bezuge von Ortsunterstützung berechtigt), aus gegenseitigen Vereinen 63 (43 Verbands- und 20 gegenseitige Mitglieder, und zwar aus Österreich 28 Verb.- und 18 gegenf. Mitgl., aus Dänemark

7 Verb.- und 2 gegenf. Mitgl., aus der Schweiz 6 Verb.- und 3 gegenf. Mitgl., aus Luxemburg 2 Verb.- und 1 gegenf. Mitgl., aus Schweden 1 gegenf. Mitgl.), aus konditionslosem Aufenthalt kamen 136 (hiervon bezogen 102 Mitglieder vorher Ortsunterstützung, und zwar 28 bis zu 10 Tagen, 18 bis zu 20 Tagen, 12 bis zu 30 Tagen, 11 bis zu 40 Tagen, 6 bis zu 50 Tagen, 4 bis zu 60 Tagen, 10 bis zu 70 Tagen, 2 bis zu 90 Tagen, 3 bis zu 100 Tagen, 2 bis zu 130 Tagen und 6 bis zu 140 Tagen), krank waren 11, zusammen 423 Mitglieder (369 Verbands- und 54 gegenseitige Mitglieder, hierunter 25 Österreicher, 9 Ungarn, 1 Norweger, 4 Dänen, 11 Schweizer, 2 Schweden, 1 Luxemburger und 1 Bosnier). Von diesen auf der Reise befindlichen 423 Mitgliedern hatten vorher geleistet: 70 6—12 Beitr., 101 13—49 Beitr., 58 50—74 Beitr., 71 75—99 Beitr., 91 100—149 Beitr., 61 150—499 Beitr., 9 500—749 Beitr. und 2 Mitglieder über 750 Beiträge.

Es traten wieder in Kondition 139 Mitglieder, gingen am Schlusse des Monats in das Gebiet gegenseitiger Vereine 81 (30 Verb.- und 51 gegenf. Mitglieder, und zwar nach Österreich 21 Verb.- und 37 gegenf. Mitgl., nach Dänemark 3 Verb.- und 8 gegenf. Mitgl., nach der Schweiz 4 Verb.- und 6 gegenf. Mitgl., nach Luxemburg 2 Verb.-Mitgl.), bei Schluß des Monats verblieben konditionslos am Orte 46 (davon traten 18 in den Bezug der Ortsunterstützung), krank wurden 8, ausgesteuert 1, der Nachweis hörte auf bei 2, auf der Reise verblieben 146, zusammen 423 Mitglieder, und zwar 326 Seher (erhielten 3767 Tage), 91 Drucker (erhielten 1162 Tage) und 6 Gießer (erhielten 76 Tage Unterstützung). Außerdem waren nach den Angaben der Reisekasseverwalter 5 Nichtbezugsberechtigte (darunter 2 Dr.) und 12 Ausgesteuerte (darunter 3 Dr.) auf der Reise. Es wurden verausgabt: In 203 Mitglieder für 2345 Reisetage (grüne Leg.) à 1 Mk. = 2345 Mk., an 220 Mitglieder für 2650 Reisetage (weiße Leg.) à 1,50 Mk. = 3975 Mk., an Porto 15,60 Mk., an Remuneration 101 Mk., in Summa 6436,60 Mk., hiervon 5278,60 Mk. an Verbands- und 1158 Mk. an gegenseitige Mitglieder, und zwar: 587 Mk. an Österreicher, 219 Mk. an Ungarn, 24 Mk. an Norweger, 86 Mk. an Dänen, 178 Mk. an Schweizer, 40 Mk. an Schweden, 6 Mk. an Luxemburger und 18 Mk. an Bosnier. — Im Verhältnisse zu demselben Monate des Vorjahres wurde Reiseunterstützung gezahlt:

1909 an 423 Mitgl. 4995 Tage = 6436,60 Mk.
1908 " 303 " 3196 " = 3700,15 "

mehr 1909 an 120 Mitgl. 1799 Tage = 2736,45 Mk.

b) Am Ort: Abgenommen vom vorhergehenden Monate 951 Mitglieder, neu hinzugekommen 1236, zusammen 2187 Mitglieder; hiervon waren berechtigt zu 70 Tagen à 1,50 Mk. 637 Mitglieder, zu 140 Tagen à 1,75 Mk. 1230 Mitglieder, zu 210 Tagen à 1,75 Mk. 233 Mitglieder und zu 280 Tagen à 1,75 Mk. 87 Mitglieder.

Es traten wieder in Kondition 1458 Mitglieder, gingen auf die Reise 107, wurden krank 21, ausgesteuert 34, wovon 18 mit 70 Tagen à 1,50 Mk., 15 mit 140 Tagen à 1,75 Mk., 1 mit 280 Unterstütagungen à 1,75 Mk., zum Militär einberufen wurde 1, zu einem andren Beruf ging 1, die Unterstützung entzogen 4, ausgestreten 1, im Bezuge der Unterstützung verblieben am Schlusse des Monats 559 Mitglieder (444 Seher, 101 Drucker, 14 Gießer), wovon 142 zum Bezuge der Unterstützung bis zu 70 Tagen à 1,50 Mk., 406 bis zu 140 Tagen à 1,75 Mk., 8 bis zu 210 Tagen à 1,75 Mk. und 3 bis zu 280 Tagen à 1,75 Mk. berechtigt sind, zusammen 2187 Mitglieder, und zwar 1737 Seher (erhielten 20376 Tage), 381 Drucker (erhielten 5891 Tage) und 69 Gießer (erhielten 993 Tage Unterstützung). — Diese 2187 Mitglieder verteilen sich auf die einzelnen Gaue wie folgt: Bayern 154 (darunter München 72, Nürnberg 30, Würzburg 14, Augsburg 8, Erlangen 6, Regensburg 4), Berlin 603, Dresden 83 (darunter Stadt Dresden 68, Döbeln 5), Elsaß-Lothringen 23 (darunter Straßburg 11, Metz 7, Mühlhausen 5), Erzgebirge-Vogtland 39 (darunter Plauen 13, Chemnitz 12, Zwickau 4), Frankfurt-Hessen 73 (darunter Frankfurt a. M. 43, Kassel 21, Offenbach 3), Hamburg-Altona 82, Hannover 73 (darunter Stadt Hannover 47, Braunschweig 12, Hildesheim 6), Leipzig 234, Mecklenburg-Vorpomm. 6 (in Vöbek 3), Mittelrhein 65 (darunter Mainz 13, Wiesbaden 8, Kaiserslautern und Mannheim je 7, Hanau 6, Darmstadt und Ludwigshafen je 5, Trier 4), Nordwest 44 (darunter Bremen 20, Westermünde 11, Oldenburg 4), Oberrhein 30 (darunter Karlsruhe 13, Freiburg 7, Konstanz und Lörrach je 3), Oder 61 (darunter Stettin 14, Posen 8, Potsdam 5, Stolp i. P. 4), Osterrland-Thüringen 59 (darunter Erfurt 16, Gotha 8, Gera und Weimar je 7, Mühlhausen 4), Ostpreußen 17 (in Königsberg 15), Posen 15 (darunter Bromberg und Posen je 6), Rheinland-Westfalen 271 (darunter Köln 43, Aachen und Düsseldorf je 23, Duisburg 16, Bonn 11, Elberfeld und Essen je 13, Dortmund und Oberhausen je 12, Viele-

